

Sozialismus.de

Heft 7/8-2020 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Heide Pfarr: Plädoyer für ein
Wahlarbeitszeitgesetz**

**Detlef Hensche: Arbeitszeit –
durch Tarif oder Gesetz?**

Beiträge u.a. von

**Ulrich Brand, Thomas Kuczynski,
Klaus Busch, Ulrich Bochum,
Thomas Böhm/Nadja Rakowitz,
Hartmut Reiners, Klaus Bullan,
Friedrich Steinfeld**

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Polen im Wahlkampfieber

Polens Wahlvolk wird am 28. Juni zur Stimmabgabe gerufen, gesucht wird der Staatspräsident für die kommenden fünf Jahre. Der Einsatz ist entsprechend hoch.

Wirtschaft ohne Aussicht auf rasche Erholung

Die Prognosen über die deutsche Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 werden mit Verlauf der Pandemie-Krise nüchterner. Der Optimismus der meisten Expert*innen verfliegt. Dem markanten Absturz in der wirtschaftlichen Leistung folgt kein zügiger Aufschwung.

Reflexartige Abwehr jeglicher Kritik

Nach dem Mord eines weißen Polizisten an dem Afroamerikaner George Floyd in Minnesota (USA) bekunden auch in Deutschland Tausende ihre Solidarität und protestieren gegen rassistische Diskriminierung. Auch wenn die Verhältnisse in den USA mit denen in Deutschland nicht vergleichbar sind – Vorwürfe hinsichtlich rassistischer Polizeigewalt sind auch hierzulande nicht neu.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Multiple Krise, konträre Strategien

- Ulrich Brand: Umkämpfter Green Deal. Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus. Für ein linkes Verständnis von Freiheit 2
- Klaus Busch:
Wiederaufbaufonds – Rettung der EU? 7
- Friedrich Steinfeld: Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung?
Die Corona-Pandemie als neuer Faktor in den globalen Machtverschiebungen .. 15
- Otto König/Richard Detje: Brasilien – droht eine neue Militärdiktatur?
Bolsonaro treibt die Demontage der Demokratie und des Rechtsstaats voran ... 20

Homeschooling & Gigafactory

- Klaus Bullan:
Desaster digitale Schule 24
- Ulrich Bochum:
Zukunft Elektromobilität – Das Beispiel Tesla 31

Gärung bis zur Spaltung?

- Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Macht- und Richtungskämpfe in der AfD 37

Gesundheit & Geld – eine Debatte

- Thomas Böhm/Nadja Rakowitz: Selbstkostendeckung statt Fallpauschalen 41
- Hartmut Reiners: Heillose Verwirrung? Eine Replik 46

Forum Gewerkschaften

- Detlef Hensche: Regelung der Arbeitszeit – durch Tarifvertrag oder Gesetz?
Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung 48
- Heide Pfarr: Plädoyer für ein Wahlarbeitszeitgesetz 53
- Susanne Ferschl: Euch die Uhren, uns die Zeit
Einblicke in die parlamentarische Arbeitszeitdebatte 57

Modelle und ihre Mängel

- Thomas Kuczynski: Fritz Behrens als Kritiker
des Neuen Ökonomischen Systems 60
- Michael Wendt: Kosmopolitismus gegen Kommunitarismus. Sozialwissenschaftliche Konstruktion oder neuer Konflikt jenseits der Klassen? 66

Impressum | Ausstellungstipps | Film

- Impressum 71
- Ausstellungen 72
- Klaus Schneider: Hale County, Tag für Tag (Filmkritik) 73

Supplement

- Margit Frackmann/Petra Reichert
Gute Arbeit und gute Ausbildung in der Pflege
Dankesworte reichen nicht
Mit einem Interview mit Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen)

Umkämpfter Green Deal

Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus. Für ein linkes Verständnis von Freiheit

von ■ Ulrich Brand



14.12.2019, Protest von Klimaaktivist*innen am Flughafen Amsterdam (Foto: dpa)

Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie als globales Ereignis und den alles dominierenden Anstrengungen, sie einzudämmen, stand ein anderes ambitioniertes globales Ziel auf der politischen Agenda: die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis 2050, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu verhindern. Die Hoffnungen, dass staatliche und internationale Politik dieses Ziel ernstnehmen könnten, wurden im Jahr 2019 aufgrund der unerwartet starken gesellschaftlichen Politisierung des Klimawandels nochmals verstärkt. Auch gibt es durchaus Versuche seitens der politischen und wirtschaftlichen Eliten, »grüne« Antworten auf die Krise zu finden – allerdings weitgehend in ihrem Sinne und entlang ihrer Interessen. Das Thema ist nicht neu, denn die Debatten um »nachhaltige Entwicklung« oder »grüne Ökonomie« werden seit vielen Jahren geführt. Sie bekommen aber mit dem Projekt des »Europäischen Grünen Deals« (EGD), den die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen im Dezember 2019 präsentierte, neuen Schwung.¹

Doch diese Initiative wird in einem größeren gesellschafts-politischen Kontext formuliert, nämlich zunehmender autoritärer Entwicklungen. Es ist daher ein Stück weit offen, ob der Europäische Grüne Deal und ähnliche Initiativen ein eher liberales oder ein eher autoritäres Projekt eines Grünen Kapitalismus stärken werden. Die zunehmend autoritäre Politik hat entsprechend auch Auswirkungen darauf, wie die ökologische Krise politisch bearbeitet wird.

Dazu kommt: Manchmal wissen die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen selbst nicht so genau, wie es weitergehen kann; wie in der Krise ab 2008 oder aktuell in der Covid-19-Krise. Im Moment der Re-Stabilisierung der Verhältnisse wird dann oft auf »alte Rezepte« – sofern sie sich für die Herrschenden bewährt haben – zurückgegriffen. Für diesen durchaus umkämpften und unsicheren Veränderungsprozess, der weitgehend unter Kontrolle der wirtschaftlich und politisch Herrschenden bleibt, verwandte Antonio Gramsci den Begriff

der »passiven Revolution«. Eine passive Revolution zeichnet sich dadurch aus, dass die herrschenden Kräfte fähig sind, auf tiefe Krisen und Verunsicherungen wie ökonomische Krisen, aktuell die ökologische Krise, zunehmende Migrationsbewegungen – auch die Corona-Krise – in gewisser Weise zu ihren Bedingungen zu reagieren: »Die führende Klasse ... wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder ...« (GH 1578).²

Ein neuer grün-kapitalistischer Machtblock könnte entstehen, d.h. eine durchaus heterogene Allianz der dominanten gesellschaftlichen Gruppen unter Führung »grüner« Kapitalfraktionen und in enger Verbindung mit dem Staat. Dieser Machtblock könnte sich als »autoritärer Grüner Kapitalismus« stabilisieren. Doch das ist umkämpft. Welchen Anteil die aktuelle durch Sars-CoV-2 verursachte Krise dabei hat, lässt sich noch nicht beurteilen.

Die aktuelle Konstellation zeichnet sich auch dadurch aus, dass die linken und insbesondere die emanzipatorischen und kapitalismuskritischen Kräfte schwach sind. Auf parteipolitischer Ebene sind die Grünen in den deutschsprachigen Ländern nicht per se eine linke Kraft, sondern vielerorts eher öko-liberal und koalieren in Regierungen mit den Konservativen. Die neue SPD-Führung konnte in Deutschland noch keine eigenen Akzente setzen, musste sich rasch in die Partei- und Regierungslogik einpassen – auch wenn sie jüngst mit ihrem Nein zur »Abwrackprämie« aufhorchen ließ. Die österreichische Sozialdemokratie wirkt orientierungslos und unfähig zu politischer Führung.

Meine zentrale Überlegung geht in folgende Richtung: Für linke Projekte und Strategien ist wichtig, inwiefern es zu einer eher autoritären oder eher liberalen Ökologisierung des Kapitalismus kommt. Es spricht vieles dafür, dass ein »grüner« werdender Kapitalismus, der die ökologische Krise kaum entschärfen wird, Teil der zunehmend autoritären Entwicklungen wird. Es hängt jedoch von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und den sich verändernden Kräfteverhältnissen ab, ob sich nicht doch eine liberale Variante durchsetzt. Für eine weiter gehende emanzipatorische sozial-ökologische Transformation ist durchaus bedeutsam, welches Projekt stärker wird.

Multiple Krise, uneinheitliche Strategien

Häufig werden die jetzigen autoritären Tendenzen den vormaligen neoliberalen Politiken entgegengestellt. Aus meiner Sicht ist die Gegenüberstellung von autoritären und neoliberalen Politiken ungeeignet, um die aktuelle Situation zu begreifen. Neoliberale Politiken haben in der Tat einen »Vorsprung«, doch sie verlieren ihre breite Akzeptanz. In diesem Prozess werden neoliberale Politiken selbst autoritär und legitimieren sich beispielsweise verstärkt mit Sicherheitspolitiken (Oberndorfer 2019).

Gerade in der multiplen Krise sind die Strategien der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte nicht einheitlich. Neben der Stärke emanzipatorischer sozialer Bewegungen und stärker institutionalisierten Akteur*innen ist es für linke politische Strategien wichtig, dass sich innerhalb der Machteliten Dissense herausbilden und entsprechend die Frage gestellt wird, wie sich die reformbereiten Teile des Bürgertums orientieren. Die ökologische Frage wird hier – neben jener der

Digitalisierung und künftig wohl auch jener des Umgangs mit umfassenden Gesundheitsgefahren – immer zentraler. In den kommenden Jahren könnten grüne Kapitalfraktionen weiter gestärkt werden. Denn: »Die Machteliten sind noch nicht am Ende ihrer Suche nach zukunftsfähigen Wegen des Kapitalismus. Alarmierte und bewegliche Fraktionen des herrschenden Machtblocks suchen in einer grünen Modernisierung eine neue Wachstumschance als Rettung aus dem Krisengewirr.« (Klein 2019: 118)

Es ist von Bedeutung, inwieweit die herrschenden ökonomischen und politischen Kräfte gesellschaftliche Führungsfähigkeit im Sinne Gramscis herzustellen in der Lage sind. Führung bedeutet, dass die wirtschaftlichen grün-kapitalistischen Kräfte fähig wären, ein Wachstumsprojekt zu organisieren und dauerhaft zu machen, das politische Priorität hat und auch andere Kapitalgruppen einbindet oder sie derart schwächt (wie möglicherweise bestimmte Fraktionen der fossilen Industrie), dass ihre Interessen nicht mehr stark vertreten werden. Politische Führung eines solchen grün-kapitalistischen Machtblocks würde sich auch dadurch auszeichnen, dass zentrale Probleme zumindest potenziell innerhalb des gegebenen kapitalistischen Rahmens als lösbar erscheinen. Und schließlich würden relevante Teile der Lohnabhängigen sich als integriert empfinden, materiell von solch einer Konstellation durchaus etwas haben oder sich zumindest etwas davon versprechen.³

Dass die herrschende Politik zunehmend auf die Klimakrise reagiert, zeigte sich Ende 2019 mit der Präsentation eines Europäischen Grünen Deal. Aus meiner Sicht sind die Strategien wie die eines Europäischen Grünen Deals oder einer Grünen Ökonomie ethisch-moralische Angebote der Herrschenden, um ihre Fähigkeit zur Führung unter den gewandelten Bedingungen zu erhalten. Damit gehen Konflikte innerhalb des Machtblocks einher, ob und wie grüne Kapitalfraktionen gestärkt, staatliche Ressourcen umgelenkt und Regeln anders ausgerichtet werden.

Der Europäische Grüne Deal ist aus meiner Sicht das avancierteste politische Projekt in Europa, um die ökologische und Klimakrise anzugehen. Es könnte die programmatische Basis einer passiven Revolution im Sinne Gramscis sein.

Der Europäische Grüne Deal (EGD) sei, so die Selbstbeschreibung, eine Antwort auf die entscheidende Aufgabe unserer Zeit, nämlich »die Bewältigung klima- und umweltbedingter Her-

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Außerdem ist er u.a. Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik« und Mitglied im Redaktionsbeirat von »Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung«. Gemeinsam mit Markus Wissen verfasste er das Buch: »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus« (oekom-Verlag München 2017). Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um das stark gekürzte und sprachlich leicht bearbeitete 2. Kapitel aus seinem soeben im VSA: Verlag erschienenen Buch: »Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Mit einem Beitrag zur Corona-Krise«.

¹ Europäische Kommission (2019). Vgl. dazu Busch 2020; Bischoff/Radke 2020; EuroMemo 2020.

² Vgl. zu den möglichen Entwicklungsrichtungen von Bearbeitung und Wahrnehmung der Corona-Krise auch Lieber 2020.

³ Markus Wissen und ich haben vor einigen Jahren eine Art Forschungsprogramm im Hinblick auf die Herausbildung einer grün-kapitalistischen Entwicklungsweise formuliert, das auf regulationstheoretischen, gramscianischen und kritisch-staatstheoretischen Elementen basiert, vgl. Brand/Wissen 2013.

ausforderungen«. Beim EGD handle es sich »um eine Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.« (Europäische Kommission 2019: 2)

Dafür soll es massive öffentliche Investitionen geben und es erfordert »verstärkte Bemühungen, um privates Kapital in Klima- und Umweltmaßnahmen zu lenken und gleichzeitig die Abhängigkeit von nicht nachhaltigen Praktiken zu vermeiden« (ebd.). Um die Klima- und Energieziele zu erreichen, werden bis 2030 jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Milliarden Euro als notwendig erachtet (ebd.: 18). Neben weitreichenden Klimaschutzziele sind der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, ein Umbau der Industrie, der Ausbau erneuerbarer Energien, nachhaltiges Bauen, Mobilität und Landwirtschaft bzw. Lebensmittel sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt und eine schadstofffreie Umwelt zentral. Ein »gerechter Übergang« soll »niemanden zurücklassen«.

Es handelt sich beim EGD um ein ambitioniertes Projekt, bei dem durchaus angedeutet wird, dass bestimmte Branchen wie Kohlebergbau, der industrielle Landwirtschaftssektor oder die Verpackungsindustrie verlieren werden. Langlebigere, wiedernutzbare und verwertbare Produkte werden – wenn konsequent umgesetzt – beispielsweise zu mehr oder weniger großen Produktionsrückgängen in der Konsumgüterindustrie führen.

Forum Wissenschaft 2/2020

30 Jahre Deutsche Einheit Bilanz und Perspektiven

Am 1. Juli 1990 trat der zwischen der BRD und der DDR vereinbarte Vertrag über die »Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion« in Kraft. Die damit verbundene Aufgabe des letzten Restes staatlicher Souveränität der DDR jährt sich in diesen Tagen zum 30. Mal. Viele kritisierten 1990 die Versprechungen Helmut Kohls, schon bald werde sich »der Osten« in »blühende Landschaften« verwandeln. Dennoch hätten die wenigsten damals erwartet, dass auch im Jahr 2020 noch immer erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen.

Eine kritische Würdigung der Vereinigungspolitik ist für eine Stärkung demokratischen Bewusstseins in den (gar nicht mehr so) Neuen Bundesländern unabdingbar. Zugleich muss aber auch der Westen die ostdeutsche Nachkriegsgeschichte (vor allem auch die der Nachwendzeit) als Teil der eigenen begreifen.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Die politisch zu bearbeitenden Hindernisse für die Umsetzung eines Grünen Deals werden jedoch nicht benannt. Vielmehr dominiert der Ton einer Win-win-Strategie für alle, die durch erhöhte Effizienz und ein »nachhaltiges und integratives Wachstum« gefördert werden soll. So geht es nicht um das konkrete Ziel einer Verringerung des Luftverkehrs, sondern um weniger Emissionen. Der EGD verbleibt zudem in einer Logik, in der die Politik die Anreize für die zentralen Marktakteur*innen, nämlich private Unternehmen und Konsument*innen mit ihren zu verändernden »Verbrauchergewohnheiten«, schafft. Und es handelt sich offensichtlich nicht zuletzt um eine industriepolitische Offensive, damit die EU-Länder auch auf den »grünen« Märkten weiterhin wettbewerbsfähig bleiben. Der grundsätzlich freie Zugang zu Ressourcen aus anderen Weltregionen über den Weltmarkt wird beispielsweise nicht problematisiert. De facto bedeutet die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft bis 2050 – also die drastische Reduktion fossiler Rohstoffe – einen enormen Anstieg des Verbrauchs metallischer Ressourcen, die nicht aus der postulierten Kreislaufwirtschaft gewonnen, sondern importiert werden. Der damit verbundene Bergbau in anderen Weltregionen wiederum ist sehr energieintensiv und hat in der Regel geringe Sozial- und Umweltstandards (vgl. Reckordt 2019). Die CO₂-Emissionen werden also externalisiert.

Europäischer Grüner Deal – autoritär oder liberal?

Aus meiner Sicht ist der Europäische Grüne Deal deshalb interessant, weil er ein ökologisches Modernisierungsprojekt darstellt, das jenseits von *business as usual* angesiedelt ist. Es hat auch eine deutliche soziale Komponente, nämlich, zumindest vom Anspruch her, im Umbauprozess »niemanden zurückzulassen«. Doch der EGD wird nicht im luftleeren politischen Raum formuliert. Neben mächtigen Interessen auf europäischer und den nationalen Ebenen gibt es auch andere, nämlich autoritäre Entwicklungstendenzen, denen sich ein »integrativer Deal« kaum entziehen kann. Deutlich wird das bereits jetzt an den Auseinandersetzungen darum, welche Branchen unterstützt werden und wer nach der Corona-Krise die Kosten für die enormen staatlichen Unterstützungsleistungen und insbesondere die Rettungspakete der Großunternehmen zu tragen hat.⁴

Wichtig werden daher in den kommenden Jahren Auseinandersetzungen darum sein, in welche Richtung bzw. als welches dominante Projekt sich der Europäische Grüne Deal entwickeln könnte, in eine eher autoritäre oder eher liberale Richtung.⁵

In der autoritären Variante wird die grüne Modernisierung der Ökonomie vor allem von der Kapitalseite vorangetrieben, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Es kommt zu keinem Bruch mit dem Neoliberalismus, sondern die Politiken der Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Finanzialisierung und Austerität werden fortgeführt. Staatliche Politik sorgt hierbei dafür, dass die ökologische Krise vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerungsteile bearbeitet und Proteste eher unterdrückt oder ignoriert werden. Bündnisse der herrschenden Parteien erfolgen eher mit rechtsextremen Kräften, nationalistische Politik wird fortgeführt. Das Projekt wäre also insofern autoritär, weil politischer Zwang bei der Durchsetzung von Maßnahmen angewendet wird, Entscheidungen tendenziell un-

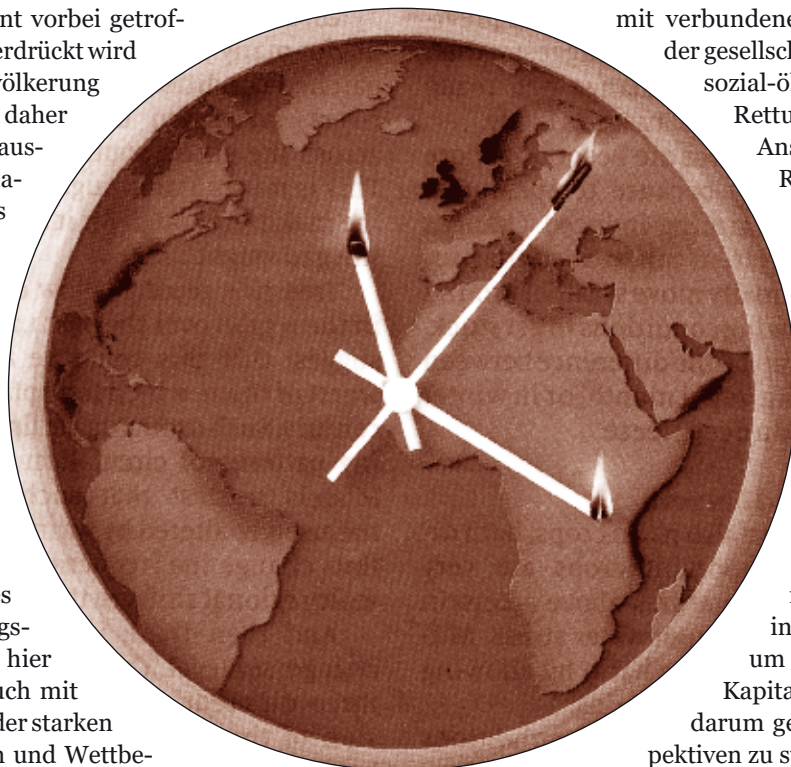
demokratisch am Parlament vorbei getroffen werden, Opposition unterdrückt wird sowie größere Teile der Bevölkerung ausgeschlossen bleiben und daher auf die eine oder andere Art ausgegrenzt werden. Auf internationaler Ebene wird sich das autoritäre Projekt mit anti-ökologischen Varianten in anderen Ländern arrangieren (müssen).

Eine liberalere, weniger autoritäre Variante des Grünen Kapitalismus – wie sie in der bisherigen Programmatik des EGD angelegt ist – nimmt Aspekte sozialer Inklusion und des Schutzes schwächerer Bevölkerungsteile ernster. Es gibt auch hier keinen grundlegenden Bruch mit neoliberalen Politiken und der starken Orientierung an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, aber bestimmte Aspekte werden als Auswüchse vergangener Politik kritisiert und es kommt zu deutlichen Korrekturen auf einzelnen Gebieten. Insbesondere Fragen von Ungleichheit werden politisiert. Der Staat bzw. die öffentliche Hand und öffentliche Unternehmen spielen eine stärkere Rolle im ökologischen Modernisierungsprozess. Die Organisationen der Lohnabhängigen wie Gewerkschaften oder zivilgesellschaftliche Organisationen spielen ebenso eine größere Rolle.

Die Anliegen sozialer Bewegungen können sich artikulieren, werden teilweise berücksichtigt und stärken wiederum liberale Grüne und die auf Ausgleich bedachten Teile des Bürgertums. Das bedeutet auch, dass demokratische Strukturen und Prozesse eine gewisse Rolle spielen, um diese Variante durchzusetzen. International bilden sich Bündnisse öko-liberaler Kräfte und neben der weiterhin starken Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit kommt es durchaus – etwa im Rahmen von Entwicklungspolitik – zu korrigierenden Maßnahmen.

Beiden Varianten des Grünen Kapitalismus ist gemeinsam, dass Mechanismen der Verschiebung und Externalisierung von Problemen und Krisen in andere Regionen oder in die Zukunft weiterhin bestehen oder gar vertieft werden.⁴ Mit anderen Worten: Die imperiale Lebensweise wird kaum hinterfragt, geschweige denn versucht zu verändern. Und dennoch ist, wie gesagt, die liberale Variante eines solchen Deals für emanzipatorische Kräfte wichtig, weil sie möglicherweise günstige Ausgangsbedingungen für zukünftige Kämpfe für eine sozial-ökologische Transformation schafft.

In der aktuellen Situation geht es in vielfältigen Initiativen darum, überhaupt wieder Denk- und Handlungsräume für die notwendigen und weitreichenden sozial-ökologischen Transformationsprozesse offenzuhalten: die Aufwertung der Daseinsvorsorge und der »Ökonomie des Alltagslebens«, die da-



mit verbundene notwendige Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die sozial-ökologische Ausrichtung der Rettungspakete mit politischen Ansagen eines mittelfristigen Rückbaus von Industrien wie Automobil und Luftfahrt, damit verbunden ein ökologisches Verkehrssystem, der Ausbau der nicht-industriellen ökologischen Landwirtschaft, eine an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Stadtentwicklung und vieles mehr.

Ich möchte abschließend exemplarisch auf einen Aspekt eingehen, der in den Auseinandersetzungen um die Konturen eines Grünen Kapitalismus wichtig ist, wenn es darum geht, emanzipatorische Perspektiven zu stärken.

Für ein emanzipatorisches Verständnis von Freiheit

Im Hinblick auf eine emanzipatorische sozial-ökologische Transformation wird eine der größten Herausforderungen darin bestehen, die Bearbeitung der ökologischen Krise nicht nur mit Verweisen auf »Notwendigkeiten« wie etwa dem 2-Grad-Ziel zu begründen – also einem maximalen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von Beginn der Industrialisierung bis zum Ende dieses Jahrhunderts. So wichtig diese Orientierungsmarke ist: Zukunftsweisende sozial-ökologische Politik sollte deutlich darüber hinausgehen. Zentral wird hier eine angemessene Politik der Freiheit sein.

Das vorherrschende individualistische und negative Freiheitsverständnis geht von Nicht-Einschränkungen des Individuums aus, also der Neigung, real oder zumindest vom Anspruch her weitgehend tun und lassen zu wollen, was man möchte – wobei dieses Tun- und Lassenkönnen eng mit dem Einkommen zusammenhängt: viele Flugreisen, großes Auto und Zweitwagen, Haus und Garten am Land. Dieses Verständnis von individueller Freiheit rechtfertigt einen möglichst unhinterfragten Konsum und eine entsprechende imperiale Lebensweise. Politische Eingriffe werden als autoritär und gegen die Freiheit gerichtet zurückgewiesen. Dieses Verständnis von Freiheit, so

⁴ Zu weiteren Problemen vgl. etwa Busch (2020) sowie das Schwerpunkt-heft der Zeitschrift »Politische Ökologie« zum Green New Deal, Dezember 2019.

⁵ Ähnlich, aber stärker an der Frage des Verhältnisses der EU und den USA zu China ausgerichtet Soltz 2019. Die Frage, inwieweit die EU nach dieser Krise überhaupt noch handlungsfähig ist, lasse ich hier unberücksichtigt.

⁶ Stephan Lessenich (2019) hat seinen Ansatz der Externalisierungsgesellschaft verfeinert und erachtet fünf Mechanismen als zentral in der Dialektik von Wachstum und Externalisierung: Aneignung, Ausbeutung, Abwertung, Auslagerung, Abschließung und Ausblendung.

Andreas Novy (2018), steht gegen die menschenrechtlich-universelle Norm der Gleichheit aller Menschen.

Ganz anders verhält es sich bei einem positiven Freiheitsbegriff: Dieser ist nicht auf abzuwehrende Einschränkungen fixiert, sondern betont, dass Freiheit nur in einer freien Gesellschaft und in der Freiheit der anderen zu verwirklichen ist. Und dass Freiheit mit Verantwortung und Pflichten einhergeht.

Susanne Lettow weist auf den prozeduralen und konfliktiven Charakter hin, denn Freiheit wird nicht von irgendjemandem gewährt, sondern sie steht für ein »Sich-Herausarbeiten aus Macht- und Herrschaftsverhältnissen«, eine »Entunterwerfung« im Sinne Michel Foucaults. Für Uta von Winterfeld geht es zudem darum, »Emanzipations- und Autonomievorstellungen auszubilden, die Naturverbundenheit und Mitgefühl zulassen« (Lettow 2019; Winterfeld 2020).

Es sind dabei einerseits gesellschaftliche Bedingungen notwendig, ein freies Leben in einer freien Gesellschaft auch *führen zu können*, und zwar nicht auf Kosten anderer und der Natur mittels der vielen Mechanismen der Externalisierung. Doch es sind eben auch sich verändernde Subjektivitäten, es sind Bedürfnisse, Wünsche und Affekte angesprochen, die nicht weiter die imperiale Produktions- und Lebensweise reproduzieren. Eine entsprechende Selbstveränderung und Kultur der Selbstbegrenzung entsteht im Wechselverhältnis mit entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Institutionen, nämlich solchen Bedingungen, die Menschen materielle und politische Teilhabe ermöglichen.

Dabei sind soziale Bewegungen wie *Fridays for Future* oder Begriffe wie Post-Wachstum wichtig, weil sie zu gesellschaftlichen Reflexionen anregen, wie eine solidarische Lebensweise aussehen könnte und was die notwendigen Schritte dorthin sind. Als Lernorte sind die Bewegungen nicht nur Akteur*innen, die sich für andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse einsetzen, sondern eben auch für emanzipierte Subjektivitäten, die eine solidarische Produktions- und Lebensweise ermöglichen. Freiheit bzw. Befreiung schließt entsprechend eine Veränderung »privater«, insbesondere geschlechtlicher, Herrschaftsverhältnisse ein. Freiheit aus dieser gesellschaftlichen Perspektive impliziert auch den Kampf gegen Stigmatisierung und sozialen Ausschluss, gegen Unterdrückung entlang von klassenförmigen, geschlechtsspezifischen, rassifizierten und internationalen Dominanzverhältnissen.

Damit stellt sich aber, und das ist der Unterschied zum liberal-individualistischen Freiheitsverständnis, notwendig die Frage nach gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen sowie nach dem kapitalistischen Profit- und Wachstumsimperativ, die sehr grundlegend verändert werden müssen. Dafür müssen demokratische Strukturen und Prozesse, das Politische und der Staat derart verändert werden, dass die öffentlichen Angelegenheiten kollektiv und ohne Diskriminierung organisiert werden. Das sind Kernelemente eines demokratischen öko-sozialistischen Projekts. Die Klimakrise hat dabei eine dramatische zeitliche Komponente, denn solch ein Projekt muss rasch realisiert werden.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, ein solches Projekt nicht nur im Rahmen von Nationalstaaten zu denken und anzugehen. Denn insbesondere die materiell reichen Länder

profitieren tendenziell von der imperialen Produktions- und Lebensweise. Wir erleben in der aktuellen Krise, dass Solidarsysteme stark an den Nationalstaat gebunden sind. Das gilt es zu verändern. Internationale Kooperation kann es nicht mehr geben, um zuvorderst Freihandel und die Macht des Kapitals abzusichern, sondern um die großen sozialen und ökologischen Probleme auch global und kooperativ anzugehen. Ein Gutes Leben für alle ist eine internationale und internationalistische Aufgabe, die unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu bewältigen ist.

Literatur

- Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2020): Green New Deal – Investitionsoffensive mit Zukunft, *Sozialismus.de* 4/2020.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy. Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen, in: Atzmüller, Roland u.a. (Hrsg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 132-148.
- Brie, Michael (2019): »Diese Freiheit tötet. Karl Polanyis Forschungsfrage«, in: Rahlwes, Michael u.a. (Hrsg.) *Radikale Philosophie und Kritik der Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 94–110.
- Busch, Klaus (2020): Aufbruch zu neuen Ufern? Kann mit dem European Green Deal die Stagnationskrise der EU überwunden werden?, in: *Sozialismus.de*, März, S. 31f., das Schwerpunktheft der Zeitschrift »Politische Ökologie« zum Green New Deal, Dezember 2019.
- EuroMemo 2020: Ein Green New Deal für Europa: Möglichkeiten und Herausforderungen. Mit einer Stellungnahme zur Covid-19-Krise. *Sozialismus.de* Supplement zu Heft 5/2020.
- Europäische Kommission (2019): *Der europäische Grüne Deal, COM(2019) 640 final*. Brüssel.
- GH – Gramsci, Antonio (1992ff.): *Gefängnishefte*, hrsg. von Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang-Fritz. Hamburg/Berlin: Argument.
- Klein, Dieter (2019): *Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten*. Hamburg: VSA, S. 118.
- Lessenich, Stephan (2019): *Mitgegangen, mitgefangen. Das große Dilemma der großen Transformation*, in: Dörre, Klaus u.a. (Hrsg.): »Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften«, Sonderband *Berliner Journal für Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 57-73.
- Lettow, Susanne (2019): *Subjektivität, Herrschaft und Zeit. Dimensionen eines feministischen Begriffs der Emanzipation*, in: Demirović, Alex/Lettow, Susanne/Maihofer, Andrea (Hrsg.): *Emanzipation. Zur Aktualität eines politischen Begriffs*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 158.
- Lieber, Christoph (2020): *Krise und »Normalität«. Was kann uns die Kritik der politischen Ökonomie zur Corona-Krise sagen?*, *Sozialismus.de* 6/2020.
- Novy, Andreas: *Imperiale Lebensweise, Freiheit und Grenzen*, *Sozialismus.de* 10/2018.
- Oberndorfer, Lukas (2019): *Autoritärer Konsens – von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime*, in: Book, Carina u.a. (Hrsg.): *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der imperialen Lebensweise, Externalisierung und exklusive Solidarität*. Westfälisches Dampfboot: Münster, S. 44-72.
- Reckordt, Michael (2019): *Dasselbe in Grün. Weltweiter Ressourcenverbrauch und -abbau*, in: *Politische Ökologie*, 37. Jg., S. 46-52.
- Solty, Ingar (2019): *Die Welt von morgen. Szenarien unserer Zukunft zwischen Katastrophe und Hoffnung*, in: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 3/2019, S. 36-45.
- Winterfeld, Uta von (2020): *Von der Freiheit auf einem begrenzten Planeten*, in: *FactorY-Magazin*, 1/2020, S. 81; www.factory-magazin.de/ (Zugriff 3.6.2020).

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

